

Anfrage für die Stadtverordnetenversammlung am 26. Februar 2020

Voraussetzungen für papierlose Kommunalpolitik

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 29. Januar 2020 im Zusammenhang mit der Überarbeitung ihrer Geschäftsordnung den grundsätzlichen Verzicht auf Drucksachen auf stofflichen Trägern für ihre zukünftige Arbeit beschlossen. Ein wegweisender Beschluss für mehr Nachhaltigkeit, hin zu einer nahtlosen digitalen Bearbeitung von Angelegenheiten der Stadtverordnetenversammlung, den die Fraktion DIE LINKE ausdrücklich unterstützt.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen, für aus unserer Sicht notwendige Schritte, die nun folgen müssen:

1. Welche Pläne verfolgt die Stadtverwaltung zur Einführung einer neuen, den gewachsenen Ansprüchen genügenden Softwarelösung als Ersatz für das bisherige Stadtverordneteninformationssystem „Sesam“?
2. Welche Kriterien plant die Stadtverwaltung dabei anzusetzen und ist im Vorfeld eine Einbeziehung der Stadtverordneten und der Fraktionen vorgesehen?
3. Wird von der Stadtverwaltung in Betracht gezogen, eine wirklich nahtlose digitale Bearbeitung von Angelegenheiten der Stadtverordnetenversammlung einzuführen? (bspw. einheitliches digitales Einreichen von Vorlagen, Anträgen und Anfragen vergleichbar mit dem „ELVIS“-System des Brandenburger Landtages)
4. Welche Strategie verfolgt die Stadtverwaltung, um bei der zwangsläufigen Arbeit der Stadtverordneten mit Sitzungsunterlagen in digitaler Form Datensicherheit und Datenschutz sicherzustellen?
5. Wie ist der Datenschutzbeauftragte der Stadt Cottbus in diesen Prozess involviert? Gibt es seinerseits eine Einschätzung zu den Risiken und wie ihnen begegnet werden sollte?
6. Erachtet die Stadtverwaltung die Schaffung von einheitlichen technischen Voraussetzungen für alle Stadtverordneten, beispielsweise durch gemeinsame Anschaffung von modernen Endgeräten und Sicherheitssoftware, als sinnvoll?